

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

erhält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327
Korrspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Er erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage
Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Wichtigere einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreiserhöhung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 260

Bad Schandau, Donnerstag, den 6. November 1930

74. Jahrgang

Polens Weg zur Diktatur.

(Zu den Sejmwahlen am 16. November.)
Von Dr. Paul Oltwald.

Seit dem Himmelfahrtstage 1926 steht Polen unter dem maßgebenden Einfluß des Marschalls Pilsudski, wobei es völlig gleichgültig blieb, ob Pilsudski an der Spitze eines Kabinetts stand oder ihm nur als Kriegsminister angehörte. Denn immer waren es nur Männer seines Vertrauens, welche die Kabinette führten und in ihnen saßen. Daß der letzte Sinn seines Staatsstreiches in der Absicht des Marschalls zu suchen ist, Polen mit einer Regierungsmethode im Stile Mussolinis zu beglücken, darüber hat er sich offen genug und oft genug ausgesprochen. Nur daß er es nicht wagte, diese seine letzten Ziele sofort und mit aller Gewalt durchzudrücken, sondern daß es ihm im Hinblick auf die besonderen innerpolitischen Schwierigkeiten Polens rätlich erschien, durch ein allmähliches Zurückdrängen des parlamentarischen Einflusses seine Diktatur auf verfassungsrechtlichem Wege fester zu begründen. Er hoffte, hier ein ziemlich leichtes Spiel zu haben, und glaubte, daß seine Persönlichkeit und sein Name allein schon genügen würden, die Gegner des Umsturzes zum Schweigen zu bringen. Das aber sollte seine erste große Enttäuschung sein. Sejm und Senat setzten sich energisch zur Wehr und verteidigten gegen die Diktaturpläne Pilsudskis ihre verfassungsmäßigen Rechte. Der Marschall hoffte dann, durch die Bildung eines Regierungsbündnisses zum Ziele zu kommen, aber auch hier unterlag er der Opposition, da bei den Wahlen der Regierungsbündnis noch nicht einmal die Hälfte der für eine Mehrheit notwendigen Stimmen erhielt. Der Kampf zwischen der Regierung und dem Parlament ging also weiter und wurde zu einem dem Lande wohl kaum förderlichen Kampfe und Mausestreich zwischen der Opposition und dem selbstherrlichen Marschall.

Pilsudski versuchte es dann mit einer Einschüchterungspolitik, indem er bei Eröffnung des Sejm Ende Oktober des vorigen Jahres Offiziere in das Sejmgebäude entsandte, aber auch das half nichts. Vielmehr mußte Pilsudski sich hier sogar zu einem Rückzug bekennen und Dr. Bartels mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen, also eine Persönlichkeit, die zwar die Ereignisse des Himmelfahrtstages 1926 ausgehehlet hatte, die aber in bezug auf die Diktaturabsichten Pilsudskis immer mehr von diesem abgerückt war. Allzulange ließ der Marschall Dr. Bartels allerdings nicht am Ruder, sondern er setzte ihn bereits im Frühjahr dieses Jahres durch den Obersten Stawel, der die Aufgabe hatte, die von Pilsudski beabsichtigte Verfassungsänderung mit Gewalt durchzudrücken. Auch dieses sogenannte Oberstenkabinett versagte im Kampfe mit der Opposition um die Rechte des Parlaments, das nach den Absichten des Marschalls nicht einmal mehr in den Fragen des Staatshaushaltes entscheidend mitzusprechen hätte. Gerade mit den Budgetdebatten soll gründlich aufgeräumt werden, die nach Pilsudskis eigenen Worten doch nur Gespräche zwischen einem Menschen und einer Gans oder einem Ferkel gleichen und die Abgeordneten nur dazu verleiteten, sich als Vorgesetzte der Regierung zu fühlen, obwohl sie doch nichts von Politik verstanden.

Da die bisher eingeschlagenen Wege nicht zu dem erwünschten Ziele geführt haben, hat Pilsudski jetzt zu einem entscheidenden Schritte ausgeholt und darum auch im August dieses Jahres wieder persönlich die Leitung des Kabinetts übernommen. Er ließ durch den Staatspräsidenten das Parlament auflösen und Neuwahlen zu Sejm und Senat für November ausschreiben. Zweck dieser Neuwahlen ist natürlich der, den Regierungsbündnis so zu stärken, daß er die Mehrheit erhält und der Marschall mit dieser Mehrheit dann alle seine Wünsche auf Verfassungsänderung durchdrücken kann. Um aber nicht einen gleichen Mißerfolg für den Regierungsbündnis wie bei den letzten Wahlen zu erleben, hat sich Pilsudski dazu entschlossen, der Opposition gegenüber eine rücksichtslos ausgeübte Einschüchterungspolitik zu betreiben. Namhafte Führer der Opposition, darunter selbst Korfanti, wurden gefangen gesetzt, die Oppositionspresse wie überhaupt die gesamte Wahlpropaganda unter strengster Zensur gestellt, und Pilsudski selbst nimmt jede Gelegenheit wahr, um durch Reden und in der Presse das moralische Ansehen des Parlaments in der Öffentlichkeit zu untergraben, wofür ihm die unanständigsten Ausdrücke gerade gut genug sind. Auch die Minderheiten, die bisher in dem Kampfe zwischen Regierung und Parlament eine gewisse neutrale Stellung einnahmen, werden verfolgt und in ihrer Wahlpropaganda gehindert. Unter einem ganz besonders rücksichtslosen Vorgehen der polnischen Behörden haben gegenwärtig die Ukrainer und die Deutschen zu leiden. Den Ukrainern gegenüber kann sich die polnische Regierung allerdings darauf berufen, daß es in Ostgalizien zu erheblichen Unruhestörungen durch die ukrainischen Freidentisten gekommen ist, wobei es allerdings immer noch zweifelhaft bleibt, ob die Strafmaßnahmen der Warschauer Regierung wirklich in diesem Umfang berechtigt sind. Wenn aber Tausenden von Deutschen in Pommerellen und Oberschlesien unter unbegründeten Einwürfen das Wahlrecht bestritten wird, wenn man auch

deutsche Abgeordnete nach Brest-Litowsk ins Gefängnis bringt oder Strafverfahren gegen sie anhängig macht, so fehlt zu einem solchen Vorgehen selbst der geringste Vorwand, denn gerade die deutsche Minderheit in Polen hat sich immer loyal zum polnischen Staate eingestellt.

Die Frage, ob es dem Marschall durch die unter dem schärfsten Druck der Regierung in Szene gesetzten Neuwahlen gelingen wird, sich im Parlament eine verfassungsmäßige Mehrheit zu verschaffen, um mit ihr dem Parlament Macht und Rechte zu entwenden, muß natürlich heute noch offen bleiben. Es ist zweifellos der letzte Versuch Pilsudskis, über das Parlament die Diktatur verfassungsrechtlich zu begründen. Sollte auch dieser Versuch fehlschlagen, dann bleibt eben dem Marschall, der sicher nicht die Absicht hat, vor der Opposition zu kapitulieren, nur noch der Weg der Gewalt; er wird die Verfassungsänderung durch den Staatspräsidenten oktroyieren müssen. Ob sich das die Opposition, deren Anhang im Volke in den letzten Monaten zweifellos gewachsen ist, gefallen lassen wird, muß abgewartet werden. Denn besondere Erfolge kann das jetzt länger als vier Jahre dauernde Pilsudskische System kaum aufweisen. Es hat die wirtschaftliche Lage des Landes nicht verbessert, sondern durch die dauernden Budgetüberschreitungen und die hohen Ausgaben für militärische Zwecke

sind die Steuerlasten erheblich gewachsen, und der ausländische Kredit Polens ist gegen früher ganz erheblich gesunken. Es spricht sich das am besten darin aus, daß es selbst dem polnischen Finanzberater Dewey trotz aller seiner Bemühungen und aller seiner optimistischen Berichte über Polen nicht gelungen ist, in Amerika Anleihen für Polen flüssig zu machen. Fraglos steht das Land so vor überaus ernsten innerpolitischen Entscheidungen, die auch wir Deutsche allen Anlaß haben mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Denn von dem Ausfall der polnischen Wahlen und seinen weiteren Folgen wird auch das deutsch-polnische Verhältnis wesentlich bestimmt werden. Das Liquidationsabkommen und der Handelsvertrag haben noch immer nicht die Genehmigung durch den Sejm und den Senat erhalten. Ihre Annahme oder Ablehnung durch die im November neugewählten parlamentarischen Körperschaften wird damit zu einem Wertmesser, ob mit einer Aera eines einigermaßen nachbarlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen oder mit einer solchen des weiteren Kampfes zwischen den beiden Nachbarstaaten zu rechnen ist. Und erst recht muß uns dann die Frage nach dem Schicksal der beiden Abkommen beschäftigen, wenn der Marschall die ihm nicht passenden parlamentarischen Körperschaften einfach nach Hause schiebt, um die Diktatur aufzurichten.

„Kulturstaat“ Polen

Stoßtrupps der Regierungspartei haufen wie die Bandalen.

Warschau, 6. November.

Stoßtrupps der Regierungspartei haben sich schwere Ausschreitungen zuschulden kommen lassen. Mit Knüppeln, Revolvern und Tränengasgranaten ausgerüstete Burchen versuchten mehrmals, den Bürgerklub zu stürmen, wo gerade eine Wahlversammlung der Nationaldemokraten abgehalten wurde. Nationaldemokratische Studenten verteidigten die Eingänge. Während des Saubergemenges fielen von seiten der Angreifer mehrere Schüsse. Zahlreiche Personen wurden verletzt, darunter sieben schwer.

Der Stoßtrupp marschierte dann unter verschiedenen Hoch- und Niederrufen unangefochten durch die Stadt bis vor die Redaktion der nationaldemokratischen Gazeta Warszawska, wo man sich auf Einschlagen der Fenster scheiben beschränkte, da das Haus geschlossen war. Dann marschierten die Burchen vor das Gebäude der rechtsstehenden Zeitung WBC, die übrigens von den Behörden verboten worden ist. Sie drangen in die Räume der Verwaltung ein und schlugen dort alles kurz und klein. Darauf zogen sie weiter in das Parteilokal der Nationaldemokraten. Die Burchen haufen dort wie die Bandalen. Sie zertrümmerten die Möbel, zertrümmerten die Wanduhren und zerhackten die Bilder. Nebenbei schlugen sie hier alle Fenster Scheiben ein und schleuderten das gesamte für die Wahlen vorbereitete Propagandamaterial wie Aufrufe, Parteilisten usw. auf die

Straße. Dann zerstreuten sich die Terroristen, ohne weiter gestört zu werden.

Die nationaldemokratische Gazeta Warszawska betont, daß sich die Polizei passiv verhalten habe, ja, als der Stoßtrupp in das Parteilokal eindrang, sollen sich sogar die Polizisten ruhig mit einem Manne unterhalten haben, der dem Blatt als Leiter der „Aktion“ bezeichnet worden ist. Auch der rechtsstehende Kurier Warszawski spricht von einer absehbaren Ausdehnung des Wahlterrors in der Hauptstadt, was den im Lande herrschenden Zuständen ein unerhörtes trauriges Zeugnis ausstelle. Es sei doch undenkbar, daß die Sicherheitsbehörden der Terroristen nicht Herr werden könnten. Es müsse verhindert werden, daß das Land einer schrecklichen Anarchie verfallt.

Die Massenverhaftungen unter Anhängern der Oppositionsparteien und der Minderheiten dauern an. Ueberdies sind auch wieder mehrere regierungsfeldliche Politiker wegen sogenannter „staatsfeindlicher Tätigkeit“ verurteilt worden. In Lodz sind z. B. zwei Redakteure zu je einem Jahre Festung verurteilt worden, weil sie feinerzeit ihren Blättern einen Bericht über den Krakauer Kongress der Linksoption eingeschickt haben.

In Drohobycz in Ostgalizien ist das ukrainische Gymnasium von den polnischen Behörden wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit“ der Schüler geschlossen worden. Nur die Schüler der unter drei Klassen können vom dortigen polnischen Gymnasium übernommen werden, hingegen müssen die älteren Schüler ein Gesuch einreichen, um in Gymnasien anderer Städte aufgenommen zu werden.

Benesch antwortet Dr. Curtius

Prag, 6. November.

Im Außenausschuß des Senats führte Außenminister Dr. Benesch auf eine Anfrage zu der Kundgebung des Reichsaussenministers Dr. Curtius u. a. aus: Dr. Curtius habe die Prager Demonstrationen in einer Weise berührt, die er, Dr. Benesch, aufrichtig bedauere. Vor allem scheine es, daß diese Erklärung auf Grund offenbar unrichtiger und ungenügender Informationen über das Wesen, den Umfang und die Wirkungen der Demonstrationen in Prag sowie auf Grund unrichtiger Informationen über das Verhältnis der tschechischen Öffentlichkeit zu diesen Demonstrationen gemacht worden sei. Aus der Rede von Dr. Curtius sei ersichtlich, daß die Demonstrationen und ihre Tragweite in Deutschland weit über das wirkliche Maß übertrieben worden seien, und daß nach der Ueberzeugung aller tschechoslowakischen verantwortlichen Faktoren und der ganzen tschechoslowakischen Öffentlichkeit die in der Rede angeführten Tatsachen die Wirklichkeit nicht richtig erfassen.

Bei der gegenseitigen Konkurrenz der Filmproduzenten und Kinobesitzer sei es begreiflich, daß in einigen Zentren die Zahl der Tonfilme eines bestimmten Ursprungs ein Uebermaß erlangt habe, das bedenklich erscheine. Diese in der Öffentlichkeit verbreitete Proteststimmung sei bei den Prager Demonstrationen und Ausschreitungen, die bekanntlich nur von einer kleinen politischen Gruppe extremen Charakters arangiert worden seien, mißbraucht worden.

Er bedauere, daß er die Interpretationen in der Rede des Reichsaussenministers ablehnen müsse, die das Beginnen

einer extremen Gruppe mit der tschechoslowakischen öffentlichen Meinung und dem Volke identifiziere, und die gegen die deutschen Filme nur ein Vorwand zur Verfolgung anderer Ziele innenpolitischen Charakters gewesen sei, das Verhältnis der tschechischen öffentlichen Meinung, der tschechischen Presse und des tschechischen Volkes zur deutschen Kultur und deutschen Kunst messen wolle. An den kulturellen und künstlerischen Beziehungen sei tschechischerseits nichts geändert worden. In den Prager tschechischen Kinotheatern seien die deutschen Sprechfilme zeitweise eingestellt worden, keineswegs auf amtliche Veranlassung, sondern durch ein Abkommen der Kinobesitzer, um unverantwortlichen extremen Elementen sofort den Vorwand zur Verletzung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu nehmen.

Dr. Benesch bedauerte weiter, daß der Reichsaussenminister in unrichtiger Beurteilung der Prager Ereignisse vermutet habe, daß es politisch notwendig sei, die Reaktion zu billigen, die gegen sie mit Recht geltend gemacht worden sei und die mit einem Boykott tschechoslowakischer Waren in Deutschland reagiert, eventuell mit dem Abbruch der Beziehungen und der Abgabe von Veranlassungen, die vereinbart worden seien. Er denke, es sei richtig, daß besonders in der heutigen bewegten Zeit die entscheidenden Faktoren konsequent überall durch ihr Einschreiten und ihre Kundgebungen die erregten Gemüter der Öffentlichkeit beruhigen und Gedanken auf Boykottrepressalien oder ähnliche Maßnahmen ablenken sollen. Einfache diplomatische Handlungen wurden geraten, um ohne Schwierigkeiten und rasch die ganze Angelegenheit zu erledigen. Was das Einschlagen einiger Fen-